

Problematische US-Zölle? In Europa stehen wir uns vor allem selbst im Weg!

Veröffentlicht: 22. Dezember 2025 auf LinkedIn

<https://de.linkedin.com/pulse/problematische-us-zölle-in-europa-stehen-wir-uns-vor-allem-selbst-im-weg-uwe-schroeder-wildberg>

„Die Resilienz Europas stärken“ – so hört und liest man es derzeit allerorten. Die wachsende militärische Bedrohung durch Russland, der Zollkonflikt mit den USA, das wirtschaftliche Kräftemessen mit China: Herausforderungen gibt es für den alten Kontinent genug. Als überzeugter Europäer bin ich sehr dafür, dass wir selbstbewusster und entschlossener unsere Interessen wahrnehmen. Erstaunlich finde ich, dass bereits heute viel mehr möglich wäre. So könnte zum Beispiel die Europäische Union als Wirtschaftsraum mit ihren 450 Millionen Konsumenten deutlich stärker sein, wenn man das Konzept eines freien Binnenmarktes konsequent umsetzen würde. In Zeiten, in denen protektionistische Tendenzen global zunehmen, wäre dies umso wichtiger.“

DR. UWE SCHROEDER-WILDBERG
Vorstandsvorsitzender der MLP SE



„Die Resilienz Europas stärken“ – so hört und liest man es derzeit allerorten. Die wachsende militärische Bedrohung durch Russland, der Zollkonflikt mit den USA, das wirtschaftliche Kräftemessen mit China: Herausforderungen gibt es für den alten Kontinent genug. Als überzeugter Europäer bin ich sehr dafür, dass wir selbstbewusster und entschlossener unsere Interessen wahrnehmen. Erstaunlich finde ich, dass bereits heute viel mehr möglich wäre. So könnte zum Beispiel die Europäische Union als Wirtschaftsraum mit ihren 450 Millionen Konsumenten deutlich stärker sein, wenn man das Konzept eines freien Binnenmarktes konsequent umsetzen würde. In Zeiten, in denen protektionistische Tendenzen global zunehmen, wäre dies umso wichtiger.

ZEW-Präsident Prof. Wambach, der wie ich vor Kurzem beim Festakt zum 20-jährigen Jubiläum der Metropolregion Rhein-Neckar aufgetreten war, nannte in seinem Vortrag plakative Zahlen: So entsprächen die weiterhin bestehenden Handelshemmisse

innerhalb der EU einer durchschnittlichen Zollhöhe von 44 Prozent bei Gütern und sogar 110 Prozent bei Dienstleistungen. Die Analyse stammt vom Internationalen Währungsfonds (IWF). Stellt man daneben nun die Zölle in Höhe von 15 Prozent, die die USA neuerdings auf EU-Waren erheben, erscheint die jüngst hinzugekommene Handelsbarriere in einem anderen Licht – ohne dass ich diese weitere Herausforderung für unsere Wirtschaft kleinreden will.

Noch immer ein Flickenteppich von Normen

Richten wir den Blick zuerst auf uns selbst in Europa: 30 Jahre nach Einführung des freien Verkehrs von Gütern und Dienstleistungen sieht die Realität noch immer so aus, dass die Europäische Union ein Flickenteppich von Normen, regulatorischen Anforderungen und Berichtspflichten ist. Ob die Entsendung von Mitarbeitern ins Ausland, die Anerkennung von Berufsqualifikationen oder unterschiedliche Vorschriften für die richtige Verpackung: Europa – Binnenmarkt hin oder her – kann ziemlich kompliziert sein.

Viele Jahre hat uns das wenig gestört, weil der deutsche Exportmotor auf Hochtouren lief und weil die Brüsseler Bürokratie, wie es ihre Art ist, ohne Druck von außen bekanntlich über ein großes Beharrungsvermögen verfügt. Jetzt aber, in Zeiten eines wachsenden Protektionismus, zunehmender militärischer Bedrohung und schwacher Konjunktur, rücken die Defizite des Binnenmarktes in den Vordergrund.

Die EU-Kommission hat reagiert und im Mai dieses Jahres eine „Binnenmarkt-Strategie“ vorgelegt, die die zehn größten Hindernisse für Unternehmen angehen soll, von der „zu komplizierten Unternehmensgründung“ bis zu „ungerechtfertigten territorialen Lieferbeschränkungen“. Das klingt gut, allerdings hat die Kommission vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei den Reformen im Blick – Großkonzerne betreffen die Hürden in der EU ebenso.

Nationale Interessenspolitik behindert Vereinheitlichung

Wichtig wäre natürlich, dass die EU den Abbau bzw. die Vereinheitlichung von Vorschriften und Normen schnell umsetzt und dabei nicht den Fehler macht, nur 100 Prozent-Lösungen anzustreben, die jedes Detail regeln. Denn auch Deregulierung kann man überregulieren. Die EU täte gut daran, den Grundsatz zu beherzigen, dass dort, wo nichts geregelt werden muss, auch nichts geregelt wird.

Einfach umzusetzen wird die Vertiefung des Binnenmarktes ohnehin nicht. Fairerweise sind die bestehenden Hemmnisse für den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Arbeitnehmern nicht nur Brüssel zuzuschreiben, sondern auch der nationalen Interessenpolitik der EU-Länder. So hat zum Beispiel die ungarische Regierung seit 2022 eine Reihe von Markteingriffen vorgenommen, die vor allem ausländische Unternehmen treffen, etwa eine Sondersteuer im Lebensmitteleinzelhandel. Auch Deutschland bremst gerne, wenn es um Umwelt- und Verbraucherschutz geht (bei dem wir ja mitunter besonderen Eifer entfalten).

Dabei könnte die „echte“ Verwirklichung des Binnenmarktes zu einem Konjunkturschub führen. Deloitte hat in einer Langzeitsimulation errechnet, dass das Exportwachstum 2023 bis 2035 auf Basis des Status quo durchschnittlich 2,3 Prozent pro Jahr betrage. Würde man die bestehenden Handelsbarrieren nur um die Hälfte reduzieren, ergäbe sich ein jährliches Plus von 3,1 Prozent, beim Wegfall aller bestehenden Hindernisse sogar ein durchschnittlicher Zuwachs von 3,9 Prozent.

Positiver Effekt für das Zusammenwachsen Europas

Ich hoffe sehr, dass es bei der EU (und in den Mitgliedstaaten) nicht bei der Erkenntnis und den Ankündigungen bleibt. Anstatt sorgenvoll nach Washington und Peking zu schauen, sollten wir uns auf die eigenen Stärken besinnen und die großen brachliegenden Chancen besser nutzen, die uns der Binnenmarkt bietet.

Das wäre übrigens nicht nur aus ökonomischer Sicht im Sinne einer stärkeren Resilienz Europas wünschenswert, sondern auch mit Blick auf das kulturelle Zusammenwachsen. Europa entsteht nicht nur durch den freien Handel mit Gütern und Dienstleistungen, sondern auch durch den Austausch, das Kennenlernen und die Zusammenarbeit der Menschen.